

Die Rede des Reichskanzlers. Erwiderung der Parteien.

Berlin, 6. Juni.

Im Reichstag wurde heute die dritte Lesung des Etats fortgesetzt.

Abgeordneter Spahn (Zentrum) bespricht zunächst die militärische Lage. Er weist auf die im Gang befindliche russische Offensive hin und gibt dem Vertrauen Ausdruck, daß wir in dieser Schlacht das Feld behaupten werden. Rußland müßte sich doch darüber klar werden, daß es von einer wirtschaftlichen Katastrophe bedroht ist, die seine ganze Zukunft gefährdet. Redner begrüßt die Erfolge der Verbündeten und hebt hervor, wie aus dem von den Italienern beabsichtigten Spaziergang nach Wien ein Rückzug geworden ist (Beifall) und wie durch den Seesieg die Seeherrschaft Englands erschüttert wurde.

Redner kommt sodann auf die gestrige Kanzlerrede zu sprechen und betont, daß im Reichstag niemand daran denke, ihm die Last, die er pflichtmäßig trage, zu erschweren. Die vom Kanzler erwähnten Schwächen seien schädlich wegen des falschen Eindrucks auf das Ausland; sie seien ferner eines rechtlich denkenden Mannes unwürdig. (Zustimmung.)

Redner schließt mit der Hoffnung auf eine glückliche Beendigung des Krieges und einen dauernden Frieden, der einen neuen Aufschwung des deutschen Volkes verbürgt. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Gradnauer (Sozialdemokrat) weist auf den tiefen Eindruck der Kanzlerrede hin, die auch weithin im deutschen Volk wirken werde. Es war, sagt Redner, eine Flucht in die Öffentlichkeit, ein Beweis, wie stark und giftig die aus dem Hinterhalt gegen seine Politik gerichteten Angriffe gemessen sein müssen. Hinter diesen Schwächen stehen einflußreiche, mächtige Kreise, die zwar an Zahl, aber nicht an Geld, Macht und Stellung gering sind. (Zustimmung.) In den Anklagen, daß der Kanzler den Frieden, solange es irgend anging, zu erhalten bestrebt war, kann er sich eigentlich nur Glück wünschen. Das deutsche Volk wird umgekehrt urteilen als seine Widersacher. Jetzt ist damit bewiesen, daß die Behauptungen der Ententemächte, daß Deutschland den Krieg provoziert hat, unwahr sind. Der Angriff richtet sich auch besonders gegen den schlappen, flauen Kanzler. Seine Kreise haben wohl schon einen neuen Kanzler in petto, der den weit ausschauenden Eroberungsplänen genehmer sein möchte. Die Sozialdemokraten bekämpfen mit aller Entschiedenheit eine Kriegspolitik, die auf phantastische Grenzweiterungen ausgeht und die den Krieg zur Verlängerung würde.

Die Leute, die an dem Untergang des Kanzlers arbeiten, sollen nicht glauben, daß das deutsche Volk hinter ihnen steht. Sie machen auch einen Vorstoß gegen ihn besonders wegen seiner inneren Politik, da sie befürchten, daß nach dem Kriege doch vielleicht etwas von der vielbesprochenen Neuorientierung eintreten könnte. Es sind immer dieselben Scharfmacher, die nichts gelernt und nichts vergessen haben, die nach dem Krieg die alten Fäden fortspinnen und jeden Fortschritt hintertreiben möchten.

Die Sozialdemokraten begrüßen das Versprechen des Kanzlers, daß der Unterschied zwischen den nationalen und den angeblich nicht nationalen Parteien endgültig zum alten Eisen geworfen sei. Ueberzeugt, daß, wenn die Schranken der Zensur fallen, es sich zeigen wird, daß die große Mehrheit des Volkes hinter den Bemühungen des Kanzlers um einen ehrenvollen Frieden steht, haben die Sozialdemokraten beschlossen, die neuen 12-Milliarden-Kredite zu bewilligen. Ihre Stellungnahme ist bedingt nicht durch die Frage des Vertrauens oder Mißtrauens der Regierung, sondern nur durch die Interessen der Arbeiterklasse, durch das Lebensinteresse des Volkes im Kampfe um Sein oder Nichtsein. Das deutsche Volk ist stolz auf die erfolgreiche Verteidigung gegen die Uebermacht, treibt aber nicht Eroberungspolitik.

Redner erörtert die ablehnenden Antworten der Staatsmänner der Entente auf die Erklärungen des Kanzlers über die Friedensbereitschaft Deutschlands, weshalb das deutsche Volk zur Abwehr in fester Entschlossenheit verharren muß. Der Weltkrieg

kann nur auf dem Wege eines verständigen Ausgleiches beendet werden. Deutschland muß mehr als bisher alles daran setzen, um auf dieser Bahn vorwärts zu kommen, die Schrecken des Krieges zu beenden und den Völkern den heißersehnten Frieden wiederzubringen. (Beifall links.)

Abgeordneter Bassermann (nationalliberal) begrüßt die militärischen Erfolge im Westen und Osten und gibt dem freudigen Widerhall Ausdruck, den die Bezeichnung Hindenburg als Nationalheld durch den Kaiser beim Volk gefunden hat. Redner weist auf die bewundernswerten Fortschritte der österreichisch-ungarischen Truppen hin, welche unter ihrer genialen Führung den Italienern den Krieg ins eigene Land getragen haben. Redner hebt die Bedeutung der Seeschlacht vor dem Skagerrak hervor, welche die Legende von der Unbesiegbarkeit der englischen Flotte zerstört habe. Er gedenkt bei dieser Gelegenheit des Organizers der Flotte, v. Tirpitz, und des genialen Erfinders der Luftschiffe, Grafen Zeppelin.

Bezüglich der Kriegsziele betont Redner, daß nach der Auffassung seiner Partei der Schwerpunkt in der künftigen Sicherung Deutschlands und im Ausbau der Küsten- und Festlandsstellung liege. Demgegenüber trete die Forderung eines großen Kolonialreiches zurück; dieses sei allerdings sehr erstrebenswert, könne aber nicht die kontinentale Sicherung geben. Redner verlangt insbesondere, daß die Balien und Flamen dem Germanentum erhalten bleiben.

In Besprechung des U-Boot-Krieges weist Redner darauf hin, daß die überwiegende Mehrheit seiner Partei für dessen rücksichtslose Führung eingetreten sei, in der Ueberzeugung, daß in der U-Boot-Waffe ein Mittel zur Verfügung steht, das in der Tat den Hauptfeind England zum Frieden zwingen oder mindestens den Frieden näherbringen kann.

Redner geht sodann zur Besprechung der inneren Politik über und meint, daß einer anonymen Broschüre durch die Ausführungen des Kanzlers eine große Bedeutung beigelegt worden sei. Es sei eine Ironie der Geschichte, daß der oberste Gewaltige der Zensur genötigt sei, angesichts der Mißstände infolge der Zensur sich in die Öffentlichkeit zu flüchten. Redner verlangt eine Handhabung der politischen Dinge, die eine Verdächtigung des politischen Gegners ausschließt. Für seine politischen Freunde dürfe er in Anspruch nehmen, daß sie sich nur von vaterländischen Gesichtspunkten und keinerlei Nebenabsichten leiten lassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Bezüglich der Neuorientierung weist Redner auf die Notwendigkeit von Reformen im Reich und in den Einzelstaaten hin. Vor allem sei eine Reform der Gesetzgebung Preußens, das Abstreifen der alten Engherzigkeit und größeres Entgegenkommen auf die Wünsche der Bevölkerung notwendig. Dem Kanzlerwort von der Heldengröße des Volkes können alle zustimmen. Der Krieg wird gewonnen durch ein tüchtiges und opferwilliges Volk draußen und drinnen. Dieser Glaube soll auch der Leitstern der künftigen deutschen Politik sein. Das Gebet, das jetzt allen Deutschen von den Lippen strömt, ist gerichtet auf ein größeres, stärkeres Deutschland. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter v. Beyer gibt dem peinlichen Gefühle Ausdruck, daß der Kanzler es nötig gehabt habe, sich gegen Schmähungen und Verdächtigungen öffentlich zur Wehr zu setzen. Doch müßte der politischen Brunnengiftung ein Ende bereitet werden, einer Brunnengiftung, die mit ungehörter Freigebigkeit und offener Hand geübt wurde. Es handelt sich, sagt Redner, um nichts anderes, als um die Beseitigung des Kanzlers. Dieses Streben brachte die seltsamsten Bundesgenossen zusammen. (Zustimmung links.) Wenn wir dieses Ziel bekämpfen, ist es uns dabei nicht um die Person des Kanzlers zu tun. Wir sehen keinen Grund zu einem Kanzlerwechsel, denn wir wissen nicht, welcher Nachfolger uns mehr Garantie für die Erfüllung dessen böte, was das Volk will. Der Kanzler verfuhr über das unbegrenzte Vertrauen der Bundesfürsten, der verbündeten Regierungen und des ganzen deutschen Volkes mit wenigen Ausnahmen. (Beifall.) Er hat es sich nicht mit Versprechungen erworben, sondern durch das, was er in schwerer Zeit geleistet hat. In der letzten Abrechnung hier mit den Gegnern war der Kanzler der Stärkere. (Beifall.) Er wird sich bei den Friedensverhandlungen nicht von denen ins Schlepptau nehmen lassen, die glauben, mit Gewalt und mit der gepanzerten Faust könne der Frieden zurückgehämmert werden. Er wird sich bei der Neuorientierung auch nicht in den Dienst der einen oder anderen mächtigen politischen oder wirtschaftlichen Gruppe stellen lassen, sondern die Interessen der Allgemeinheit als Richtschnur nehmen. (Beifall links.) Er wird auch zustande bringen, was zum endgültigen Sieg noch fehlt. Wir alle wollen nichts anderes, als daß das Vaterland aus der Drangsal des Krieges dauernd geschützt, gestärkt, vergrößert und gehoben an Macht, Ehre, Einfluß und Wohlstand hervorgeht. Dieses Ziel muß durch planmäßiges, einheitliches Zusammenwirken zwischen Regierung und Reichstag gefördert werden. (Beifall links.)

Abgeordneter Graf Westarp (konservativ) führt aus, seine politischen Freunde legen der vom Reichskanzler gestern behandelten Angelegenheit nicht die entscheidende Bedeutung bei, wie dies vielfach der Fall zu sein scheint. Er habe nach der gestrigen Kanzlerrede einen Blick in die auch ihm zugegangene anonyme Broschüre geworfen, wobei in ihm der Zweifel lebhaft geworden sei, ob die Aufmerksamkeit, die durch die eingehende Beschäftigung des Kanzlers mit der Broschüre im Inlande und Auslande hervorgerufen würde, durchaus den vaterländischen Interessen diene. (Unruhe.) Redner nimmt ferner den Generallandschaftsdirektor Kapp gegen den Kanzler in Schutz und betont, daß Kapp keineswegs den Vorwurf eines Staatsverrätters gegen den Kanzler gerichtet habe. Redner appelliert an den Kanzler, in gewissen Neuierungen, auch wenn sie eine scharfe Kritik an der auswärtigen Politik enthalten, einen berechtigten Kern zu erkennen zu versuchen, da sie vielfach auf vaterländischem Boden Empfinden beruhen. Durch Rußbarmachung dieses Kernes

würde sich der Kanzler den Dank weiter wohlgeinnter Kreise verdienen. Wenn die Zensur aufhört, auch der leibhaftig den Weg in die Öffentlichkeit zu verlegen, würde er vielen Auseinandersetzungen aus dem Wege gehen. Bezüglich der Ausführungen des Kanzlers über die Politik gegenüber den Sozialdemokraten betont der Redner, daß gewiß alle durchglüht sind von der Bewunderung für die tiefe Treue, mit der das ganze Volk, deutsche Männer und Arbeiter, auch die, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, draußen ihre Pflicht erfüllen und Leben, Gesundheit und Tatkraft einsetzen. Heiße Bewunderung empfinden auch wir über den Tag, an dem die Sozialdemokraten, nach außen scheinbar geschlossen, in Pflichterfüllung dem Vaterlande das Ihrige gaben. Das befreit uns aber nicht von der Verpflichtung, hervorgetretene Bedenken gegenüber der Politik des Kanzlers in einem Verhältnis zur Sozialdemokratie vorzubringen.

Die Sozialdemokraten erklärten wiederholt, daß sie von ihrem früheren Programm nichts aufgeben, von dem Programm des Klassenkampfes und der Umwälzung der Grundlagen der Gesellschaft, besonders des Bekenntnisses zur Republik. Das ist ein tiefer, unüberbrückbarer Gegensatz zwischen ihnen und uns, in denen zwar der Krieg die Bereitwilligkeit geschaffen hat, neue Grundformen zu finden, an deren monarchischem Standpunkt aber der Krieg nicht zu rütteln vermochte. Redner geht sodann zur Besprechung der äußeren Politik über und betont, daß für eine Politik der Verständigung mit England in diesem Kriege kein Raum ist. England ist der Feind, der eine Welt von Feinden jetzt zusammenhält. Um der Verständigung mit England willen dürfen wir keines der Kriegsziele, das wir erobert haben, aufgeben. Es gilt allein, Englands Kraft zu schwächen und unsere Kraft soweit zu stärken, daß wir es zwingen können, gewollt oder nicht gewollt, unser Recht auf Dasein und Zukunft, auf den Zutritt zum Weltmeere anzuerkennen.

In diesem Zusammenhang gibt Redner eine Erklärung ab, die die Entrüstung über die letzte Antwortnote Wilsons ausdrückt und betont, der mehrfach ausgesprochene Gedanke, daß Wilson zum Friedensvermittler berufen sei, erscheine unerträglich. Die Erklärung drückt schließlich die Erwartung aus, daß die Regierung, entsprechend der Note vom 4. Mai, rechtzeitig von der Freiheit der Entschließung Gebrauch mache, damit die Seemacht nach dem herrlichen Sieg über die englische Flotte zum gegebenen Zeitpunkt auch die Unterseebootwaffe im Handelskrieg rücksichtslos zur siegreichen Beendigung des sonst unabsehbaren Krieges und zur Erlangung eines Friedens einsetzen könne, der, würdig der gebracht ungetreuen Opfer, die deutsche Zukunft auch gegen England sichere. Redner gedenkt schließlich dankbar der tapferen Truppen und ihrer Führer, und hofft zuversichtlich, daß wir den Krieg siegreich zu Ende führen werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg.

Nach dem Grafen Westarp ergriff Reichskanzler v. Bethmann Hollweg das Wort und führte aus: Von dem Vortredner und, wenn ich nicht irre, auch von Bassermann, ist bemerkt worden, daß ich einer anonymen Schrift durch meine gestrige Besprechung eine Publizität verschafft hätte, die sie sonst nicht erlangt haben würde. Ich habe diese eine Schrift herausgegriffen aus einem Bündel gleichartiger Schriften, die — wie wohl dem ganzen Hause bekannt — seit Monaten in Deutschland, im Inland sowohl, wie auch in den Schützengräben, im Umlauf gesetzt worden sind (Hört! Hört!), und weil ich erkannt habe, daß durch diese Treibereien nicht nur die Stimmung im Innern vergiftet wird, sondern daß dadurch schließlich auch eine Rückwirkung auf den Geist draußen möglich wäre. Darum habe ich mich für verpflichtet gehalten, nicht mich in die Öffentlichkeit zu flüchten, sondern diese Mächenschaften an die Öffentlichkeit zu ziehen. (Sehr gut.)

Der Vortredner hat gegen meine Ausführungen Widerspruch erhoben, die ich über die Denkschrift des Generallandschaftsdirektors Kapp gemacht habe. Graf Westarp hat die maßgebende Stelle, die auch ich gestern verlesen habe, wiederholt und gemeint, der Vorwurf staatsverräterischer Handlung, den ich aus der Kappschen Schrift herausgelesen und den ich noch heute herauslese, habe nicht darin gestanden. Ich möchte das hohe Haus darauf aufmerksam machen, ohne den Passus zu wiederholen, daß die Einleitung zu diesem Passus lautet: Der Reichskanzler beruft sich auf die unbedingte Notwendigkeit der Einigkeit des Volkes, das in allen Zeiten vertrauensvoll hinter ihm stehen müsse, und dann kommt die Parole der Einigkeit, indem diese in Parallele gestellt wird mit staatsverräterischen Dingen. Ich habe nicht gewußt, welche andere Folgerung ich daraus hätte ziehen können. (Sehr richtig!) Wenn es eine andere Absicht gewesen ist, so hat ja Herr Kapp Gelegenheit, das noch klarzustellen. Im übrigen habe ich mich nur auf die eine Stelle beschränkt. (Sehr richtig!) Die Schrift wimmelt von den allerhöchsten Angriffen gegen mich. Unausgesprochen wird mir der Vorwurf gemacht, daß ich die Ehre des Landes preisgegeben hätte. Er wiederholt sich an unzähligen Stellen. Niemand kann mir übelnehmen, wenn ich gegen derartige Angriffe Verwahrung einlege, scharfe Verwahrung einlege. (Sehr richtig!)

Graf Westarp hat nun in der Erklärung seiner politischen Freunde Bezug genommen auf die Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson. Ich kann darauf nur erklären, ich habe zwar in der Zeitung gelesen, daß Präsident Wilson den Frieden zu vermitteln beabsichtige, und lese auch heute noch, daß die englische Presse sich mit großer Entschiedenheit gegen eine solche Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson erklärt. Offiziell ist mir auch nicht ein Wort herangekommen, daß Präsident Wilson den Frieden zu vermitteln beabsichtige. Insofern ist diese ganze Frage absolut nicht. Daß wir bei einer Friedensvermittlung nicht Druck auf uns ausüben lassen und uns um die Früchte unseres Sieges nicht kümmern, das glaube, Sie verlangen wohl